Beauftragter der
Bundesregierung für die
Belange von Menschen mit Behinderungen

DEMOKRATIE BRAUCHT INKLUSION

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL 03018 527-1797
FAX 03018 527-1871
INTERNET www.behindertenbeauftragter.de
E-MAIL presse@behindertenbeauftragter.de

Pressemitteilung

Nr. 8/2018

Berlin, 14. August 2018

Behindertenbeauftragter Jürgen Dusel 100 Tage im Amt: „Demokratie braucht Inklusion“

Beauftragter fordert mehr politische Teilhabe für Menschen mit Behinderungen, Barrierefreiheit auch bei privaten Anbietern und dass Inklusion als Querschnittsaufgabe aller Ressorts wahrgenommen wird

Jürgen Dusel ist morgen (Donnerstag, 16. August 2018) 100 Tage im Amt. Er war am 9. Mai 2018 von der Bundesregierung für die aktuelle Legislaturperiode ins Amt berufen worden. Vorher war Dusel Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen in Brandenburg. Das Motto seiner Amtszeit lautet: „Demokratie braucht Inklusion“.

Jürgen Dusel dazu: „Demokratie und Inklusion gehören zusammen. In einer vielfältigen und gut funktionierenden Demokratie brauchen alle Menschen Wertschätzung, faire Chancen und umfassende Möglichkeiten der Teilhabe.“ Zu umfassender Teilhabe gehört aus Sicht von Dusel auch umfassende politische Beteiligung. „Das bedeutet zum einen natürlich die Abschaffung der pauschalen Wahlrechtsausschlüsse für Menschen, die unter sogenannter dauerhafter Vollbetreuung stehen,“ so Dusel weiter. „Zum anderen brauchen Menschen mit Behinderungen auch mehr Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren, beispielsweise auch in Landtagen oder im Bundestag. Da gibt es noch ein echtes Defizit im politischen Raum.“

Ein weiteres Anliegen ist dem Beauftragten, die politische Beteiligung der Verbände und Selbstvertretungsgruppen der Menschen mit Behinderungen an gesetzgeberischen Vorhaben oder Reformen voranzubringen. „Inklusion bedeutet nicht nur Politik für Menschen mit Behinderungen. Inklusion ist Politik für alle Menschen und betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche. Deswegen ist sie eine Querschnittsaufgabe für alle Ressorts der Bundesregierung. Nicht nur die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist tangiert, sondern auch zum Beispiel die Gesundheitspolitik, die Wirtschaftspolitik, die Bildungspolitik oder auch die internationale Politik. Die Perspektive der Menschen mit Behinderungen muss überall berücksichtigt werden," fordert Dusel.

Wichtiges Thema ist für Dusel auch die Verpflichtung zur Barrierefreiheit für private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind - zum Beispiel Freizeit-, Medien- oder Kulturangebote. Auch Arztpraxen müssen aus Sicht des Beauftragten grundsätzlich barrierefrei und für alle Patientinnen und Patienten problemlos zugänglich sein. Diese Selbstverständlichkeit ist leider keine Realität in Deutschland. Jürgen Dusel: „Wir leben nun einmal in einer sozialen Marktwirtschaft und unser Grundgesetz regelt in Artikel 14 Absatz 2, dass Eigentum auch verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Für den anstehenden wichtigen Veränderungsprozess brauchen wir - gerade im politischen Raum - noch weitere Verbündete und einen langen Atem."

Grundsätzlich geht es ihm in seiner Amtszeit darum, dafür zu sensibilisieren, dass Inklusion selbstverständlich sein sollte und Menschen mit Behinderungen hierbei keine Bittsteller sind. „Teilhabe ist ein grundlegendes Menschenrecht, das für uns alle gilt. Deswegen ist es wichtig, dass Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam aufwachsen, leben und voneinander lernen, damit Inklusion Normalität wird. Wir wissen noch viel zu wenig voneinander. Wenn wir das ändern, sind wir einer Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, ein großes Stück nähergekommen," so Dusel abschließend.